

Einleitung

Hendrik Hansen

Zwischen west- und ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten ist der Tonfall rau geworden. Bis zum Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zur EU schien es – bei allen Differenzen im Detail – ein gemeinsames Anliegen zu sein, auf der Grundlage eines europäischen Werteverständnisses die Arbeit an der „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Art. 1 EUV) voranzubringen. Seit einigen Jahren jedoch gibt es zwischen ostmitteleuropäischen Staaten wie Polen und Ungarn auf der einen und westeuropäischen Staaten wie Deutschland auf der anderen Seite zunehmend Differenzen, die sich bekanntermaßen nicht nur auf Fragen der Migrationspolitik beschränken, sondern auch grundsätzliche Fragen wie die Rechtsstaatlichkeit und das Demokratieverständnis betreffen. Dabei wird gerade von ungarischer und polnischer Seite immer wieder betont, dass der eigentliche Dissens im Verständnis der Rolle der Nation liege und in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Nation.

Geschichtspolitik und Erinnerungskultur – als politisch gewollte Vermittlung (und teilweise auch Instrumentalisierung) von Geschichte in Bildungseinrichtungen und staatlichen Gedenkstätten einerseits und als gewachsene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in einer Gesellschaft andererseits – sind damit Teile einer Auseinandersetzung über das eigene Selbstverständnis auf nationaler und europäischer Ebene. Dass es hier Differenzen zwischen Ostmitteleuropa und Westeuropa gibt, ist nicht erstaunlich, denn ostmitteleuropäische Staaten haben ganz andere historische Erfahrungen als westeuropäische Staaten gemacht. Sie waren im zwanzigsten Jahrhundert Opfer zweier totalitärer Systeme und hatten zunächst unter dem Nationalsozialismus, dann unter dem Kommunismus zu leiden. Diese Erfahrungen kommen zu derjenigen hinzu, als kleinere Staaten über Jahrhunderte hinweg in der Souveränität von europäischen Großmächten eingeschränkt, bedroht und dominiert worden zu sein. Vor diesem Hintergrund bedeutet Nationalbewusstsein für viele Ostmitteleuropäer zunächst eine Haltung der Emanzipation oder der Abgrenzung gegenüber fremden Mächten.

In Deutschland ist die Erfahrung eine andere: die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Holocaust sind von Deutschland ausgegangen; die

Aufarbeitung dieser Verbrechen ist Teil des deutschen Selbstverständnisses geworden. Das politische System der Bundesrepublik ist als wehrhafte Demokratie an dem Ziel ausgerichtet, eine Wiederholung der Katastrophe von 1933 auf jeden Fall zu vermeiden. Auf der anderen Seite kann mit diesem Selbstverständnis eine geringere Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Kommunismus und gelegentlich ein zu geringes Verständnis für divergierende Perspektiven in anderen Staaten einhergehen. In Ostmitteleuropa hingegen hat die Erfahrung der kommunistischen Diktaturen im kollektiven Gedächtnis ein höheres Gewicht – wenngleich, wie in diesem Band in verschiedenen Beiträgen deutlich werden wird, die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit dort vielfach politisch instrumentalisiert wird.

Da die jeweilige Erinnerungskultur eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis einer Nation spielt, sind die Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet von besonderer Schärfe. Wer die Debatte dominiert, tauscht mit dem Gegner nicht Argumente aus, sondern versucht ihn zu delegitimieren. Das konnte man sehr anschaulich beim Historikerstreit von 1986/87 in der Zurückweisung einer vergleichenden Analyse der Verbrechen des Nationalsozialismus mit denen des Kommunismus erkennen. Eine ähnliche argumentative Strategie lässt sich heute in Polen und Ungarn beobachten, wenn regierungsnahe Historiker einseitig die Opferrolle von Polen und Ungarn im Nationalsozialismus und im Kommunismus betonen und jeden Ansatz, die Mitwirkung von Ungarn oder Polen an den Verbrechen der totalitären Systeme zu thematisieren, als Angriff auf die Nation deuten.

Ein solcher kollektiver Ansatz wird der Komplexität der Vergangenheit und der Erinnerung an die Erfahrungen im Nationalsozialismus und Kommunismus nicht gerecht. Auf einer rein individuellen Ebene gab es überall Opfer und ebenso auch Mittäter: Menschen, die von der jeweiligen Ideologie überzeugt waren, die aus Opportunismus mit den Machthabern zusammengearbeitet haben oder die aus Furcht vor persönlichen Konsequenzen an Verbrechen mitgewirkt haben. Ein differenzierter Blick auf die Erinnerungskultur muss deshalb auch diese individuelle Perspektive in den Blick nehmen.

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sind somit ein vermintes und zugleich komplexes Gelände. Umso mehr ist es erforderlich, sich dem Thema mit nüchternem Blick zuzuwenden und unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven innerhalb einzelner Staaten und zwischen Staaten in den Blick zu nehmen. Das ist auf europäischer Ebene von besonderer Bedeutung. Wenn die Europäische Union mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion sein will, wenn sie die Wertegemeinschaft verwirklichen will,

die sie in ihren Gründungsdokumenten zu sein beansprucht, braucht sie gemeinsame Erfahrungen, aus denen die Wertegemeinschaft erwächst. Nationalsozialismus und Kommunismus waren europäische Erfahrungen: auch wenn die Urheber dieser totalitären Systeme in Deutschland und in der Sowjetunion lokalisiert werden können, gab es doch in beiden Systemen nicht nur europaweit Opfer, sondern auch europaweit Anhänger und Bewunderer – im Fall des Nationalsozialismus wurde das lediglich im Angesicht der Niederlage aus nachvollziehbaren Gründen stärker verdrängt. Neben den positiven Grundlagen der europäischen Werte – hier sei nur in Anlehnung an Paul Valéry die Trias aus griechischer Philosophie, christlicher Religion und römischem Recht genannt (siehe dazu unten, S. 34f.) – kann die Erfahrung des moralischen Abgrundes durch den Nationalsozialismus, aber eben auch durch den Kommunismus eine Quelle des europäischen Werteverständnisses sein – insbesondere eine Quelle, um die Idee der Menschenwürde, die nicht nur die Grundlage des deutschen Grundgesetzes, sondern auch der europäischen Charta der Menschenrechte ist, immer wieder neu mit Leben zu füllen.

Dafür ist es erforderlich zu untersuchen, wie sich aus der Vielzahl unterschiedlicher Erinnerungskulturen in Europa eine gemeinsame Schnittmenge herausbilden kann – eine Art transnationale Erinnerungskultur, wobei der Begriff bereits zu sehr die Assoziation einer von der Europäischen Kommission verordneten Erinnerungskultur erhält. Das ist selbstredend nicht gemeint; vielmehr geht es darum – und das ist das Anliegen dieses Bandes – zunächst in einen Austausch zu treten über die Unterschiede verschiedener Erinnerungskulturen in Mittel- und Ostmitteleuropa, um von dort aus nach bestehenden Gemeinsamkeiten zu fragen. Zu diesem Zweck erfolgt im ersten Teil des Bandes zunächst eine vergleichende Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus aus politik-, geschichts- und literaturwissenschaftlicher Perspektive. Der zweite Teil setzt sich mit nationalen Erinnerungskulturen am Beispiel von Ungarn, Polen und Deutschland auseinander. Der dritte Teil wendet sich der Frage zu, ob und inwiefern aus den nationalen eine europäische Erinnerungskultur erwachsen kann.

Im ersten Beitrag des ersten Teils analysiert *Hendrik Hansen* die Bedeutung einer vergleichenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus für die streitbare Demokratie. Der marxistisch-leninistische Kommunismus und der Nationalsozialismus stellen die Idee der Menschenwürde gleichermaßen radikal in Frage, weil sie menschliche Gemeinschaft radikal kollektivistisch verstehen und den Menschen vollständig auf seine materiellen Seiten – die Ökonomie und den Kampf – reduzieren. Die streitbare Demokratie bildet mit der Berufung auf das

Konzept der Menschenwürde das Gegenstück zu den totalitären Systemen. Aber gerade deshalb ist die Auseinandersetzung mit der Erfahrung der totalitären Systeme für sie von zentraler Bedeutung. Am Beispiel von Deutschland und Ungarn wird gezeigt, wie Einseitigkeiten in der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus und an das Leid der Opfer zu Problemen in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Formen von politischem Extremismus führen. Wenn die Angriffe auf die Menschenwürde, die Menschenrechte und Institutionen einer freiheitlichen demokratischen Ordnung durch die totalitären Systeme der Vergangenheit nicht hinreichend oder nur einseitig aufgearbeitet werden, kann auch die geistige Auseinandersetzung mit den verschiedenen Ausprägungen des politischen Extremismus in der Gegenwart nur unzureichend gelingen.

Heidemarie Uhl untersucht in ihrem Beitrag zunächst, wie die Anerkennung des Holocaust als epochalem „Civilisationsbruch“ zum wesentlichen historischen Bezugspunkt europäischer Identität werden konnte. Am Beispiel Deutschlands und Österreichs macht sie deutlich, dass es dafür mehrerer Perspektivwechsel bedurfte: zum einen eines Blicks weg von der Nation und hin zur Gesellschaft, zum anderen einer Verschiebung des zeitlichen Fokus, der nicht nur die Vorgeschichte des NS-Regimes beleuchtete, sondern auch das Mitwirken weiter Teile der Bevölkerung während der Zeit der Diktatur. Mit der „Generation of Memory“ entstanden neue Erinnerungsbedürfnisse, neue Topographien des Gedenkens und eben jener Erinnerungskonsens, der u.a. in der Stockholm Declaration im Jahr 2000 seinen offiziellen Ausdruck fand. Doch mit dem Beitritt von acht postkommunistischen Ländern 2004 zeichnete sich bereits die Spaltung des europäischen Gedächtnisses ab. Die unterschiedlichen *cultural patterns* von GULag- und Holocaust-Gedächtnis reproduzierten, so Uhl, die Grenzen zwischen ‚Ost‘ und ‚West‘, die gerade durch das Projekt eines gemeinsamen europäischen Gedächtnisses überwunden werden sollten. Sie macht deutlich, dass beide Gedächtnisse nicht nur unterschiedliche historische Bezugspunkte aufweisen, sondern auch differierende Auffassungen darüber, was Erinnerung in einer Gesellschaft bewirken solle. Während das Holocaust-Gedächtnis ex negativo einen klaren Wertezug habe, diene das GULag-Gedächtnis derzeit in vielen osteuropäischen Gesellschaften dazu, (Opfer-)Mythen des Postkommunismus zu verbreiten.

Verena Vortischs Beitrag fragt nach den Möglichkeiten der Literatur, das „dialogische Erinnern“ (A. Assmann) erfahrbar zu machen. Der Text „Vielleicht Esther“ der 1970 in Kiew geborenen Autorin Katja Petrowskaja, den sie ins Zentrum stellt, spannt einen historisch weiten Bogen, der sowohl den Holocaust als auch die Schrecken des Kommunismus umfasst. Im

Kontext der Frage nach den Möglichkeiten einer transnationalen europäischen Erinnerungskultur und dem Stellenwert der Literatur zeigt Petrowskajas Text exemplarisch, wie der Prozess des Erinnerns selbst zu einem immer unabgeschlossenen und unabschließbaren Versuch der Rekonstruktion wird, da sich alle Erinnerung einer Vereindeutigung entzieht. In Detailanalysen zeichnet Vortisch nach, mit welchen literarischen Verfahren Petrowskaja der Leserschaft auch auf formal-ästhetischer Ebene diesen Eindruck zu vermitteln weiß. Durch den Rückgriff auf die deutsche Sprache und einen großen kulturellen Hallraum, der in intertextuellen Verweisen bis in die Antike zurückreicht, schafft Petrowskaja einerseits eine Distanz zu ihrer Familiengeschichte und ermöglicht andererseits die Vorstellung eines Verbundenseins mittels literarischer Bezugspunkte. Dennoch lassen sich ihre fragmentierten Geschichten kaum noch zu einer großen historischen Erzählung verbinden. Stattdessen – so ein Fazit der Analyse – gilt es, das Nebeneinander disparater und widersprüchlicher Geschichten auszuhalten, auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene.

Erinnerung handelt vom Reden bzw. Schreiben. *Ines Geipel* thematisiert in ihrem Essay, der den zweiten Teil des Bandes über nationale Erinnerungskulturen eröffnet, demgegenüber das Schweigen: die „Schweigegemeinschaften“, die die Diktatur in der DDR ausgezeichnet haben und auch das Schweigen, dass heute in weiten Bereichen über diesen Teil der deutschen Geschichte herrscht. Das Schweigen, so Geipel, spielte bereits bei der Gründung der DDR eine konstitutive Rolle. Zum einen waren die führenden SED-Kader in der Anfangszeit Überlebende des Roten Terrors in Moskau, dem die große Mehrzahl der dort während des Zweiten Weltkriegs im Exil lebenden Führungskader der KPD zum Opfer fielen. Das gemeinsame Überleben des Terrors bildete einen „eisernen Schweigeverbund“, dem u. a. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht angehörten. Zum anderen waren viele KPD-Funktionäre, die während der NS-Zeit in einem Konzentrationslager waren, dort als Kapos tätig und unterstützten das Lagersystem. Dieses Mitwirken an den Verbrechen passte nicht zum DDR-Narrativ des Antifaschismus – wie auch die Shoah, die ebenfalls in der DDR beschwiegen wurde. Geipel zeigt an konkreten Beispielen, wie in der DDR das System der Angst dazu führte, dass das Schweigen zu einer individuellen und gesellschaftlichen Haltung wurde, als ein „Intimschweigen“ das dem von der Partei verordneten „Machtschweigen“ korrespondierte. Nach 1989 gab es zwar eine Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, aber vieles wurde weiterhin beschwiegen – die DDR wurde zur Fußnote in der deutschen Geschichte: „zu klein, zu piefig, zu wenig monströs“, um zum „nationalen Erbe“ zu gehören.

Catherine Horels Beitrag setzt die Reihe zu nationalen Erinnerungskulturen mit einem Blick nach Ungarn fort. Im ersten Teil widmet sie sich der Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses durch das kommunistische Regime. Sie analysiert, wie die Revolution von 1848 durch die Machthaber instrumentalisiert wurde, um als Bezugspunkt zu dienen, der jedoch 1956 und 1989 durch die Gegner des Regimes jeweils neu uminterpretiert wurde. Die Instrumentalisierung von 1956 ist seit der Wende von 1989 wiederum zur Konstante ungarischer Geschichtspolitik geworden. Der Rückblick auf die 40 Jahre des Kommunismus in Ungarn ist von politischer Emotionalisierung, kollektivem Schweigen und einem Opfermythos geprägt – eine Mischung, die auch den analytischen Blick auf das Horthy-Regime der Zwischenkriegszeit unmöglich macht. Die Erinnerung an das Horthy-Regime, der sich Horel im zweiten Teil ihres Beitrags widmet, zerfällt aktuell in die durchaus vorhandene historische Forschung zu Horthy, die seine Rolle kontextualisiert und auch den verbreiteten Antisemitismus thematisiert und einen medialen tendenziösen Ehrenkult, der von der Fidesz-Regierung befeuert wird. Horel kommt zu dem Schluss, dass u. a. die fehlende Konfrontation mit den beiden ungarischen Traumata des 20. Jahrhunderts – dem Trianon-Vertrag und der Mitverantwortung für die Judenverfolgung in Ungarn – eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und dem Horthy-Regime in Ungarn erschwert.

Auch der Beitrag von *Réka Szentiványi* widmet sich dem ungarischen Beispiel und untersucht die politische Polarisierung, die in der Geschichtspolitik und im Gedenken an die nationalsozialistische Besatzung und die kommunistische Diktatur besonders sichtbar wird. Szentiványi zeichnet die Entwicklung dieser Polarisierung seit der Systemtransformation von 1989 nach und verdeutlicht, dass die Verantwortung für diese Entwicklung nicht einer einzelnen Partei zugeschrieben werden kann. Seit 1990 wurde die Geschichtspolitik durchgängig von allen politischen Parteien instrumentalisiert. Doch seit 2010 wird die damals bereits vorhandene Polarisierung von Fidesz verstärkt; Fidesz hat – so Szentiványi – den Einsatz der Erinnerungspolitik als Mittel der nachhaltigen Sicherung der eigenen Machtbasis perfektioniert. Eine besondere Rolle spielt dabei das Opfernarrativ: die Darstellung, dass Ungarn als nationales Kollektiv Opfer des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus wurde und die Erinnerung an das damit verbundene Leid eine konstitutive Rolle für die Nation spielt. Wer nach der Mitverantwortung von Ungarn an der Deportation der ungarischen Juden 1944 oder an der Verfolgung von Gegnern des Kommunismus in der Zeit von 1949–1989 fragt, ist nicht nur politischer Gegner, sondern gilt als Feind seiner Nation. Der Beitrag verdeutlicht, dass diese Polarisierung unmittelbare Rückwirkungen auf die Quali-

tät der Demokratie in Ungarn hat – und bestätigt somit die These, dass der Umgang mit Erinnerung von entscheidender Bedeutung für das politische System der Gegenwart ist.

Adam Krzemiński untersucht im letzten Beitrag dieses Teils die Besonderheiten der Revolution von 1989 in Ostmitteleuropa und in Polen. Vergleicht man die Entwicklungen in den verschiedenen ostmitteleuropäischen Ländern, so fällt einerseits auf, dass es zwischen 1950 und 1989 immer einen Zusammenhang zwischen den Protestbewegungen in Ostmitteleuropa gab – Krzemiński verwendet hier das Bild der „kommunizierenden Röhren“. Andererseits aber hat sich in den Jahrzehnten nie eine echte „Internationale“ der Dissidenten gegen den Kommunismus herausgebildet. Der Autor führt das auf die Besonderheiten der polnischen Entwicklung zurück, die darin besteht, dass die beiden totalitären Besatzer die Institutionen des polnischen Staates nach 1939 vollständig zerschlagen und die alte Führungsschicht radikal vernichtet haben. Dadurch kam es zu einer „tiefgreifenden sozialen Revolution“ – einer namenlosen Revolution –, deren Nutznieder nach 1945 eine Schicht war, die durch die brutalen stalinistischen Umwälzungen in die Position kam, die Grundlage für die Herausbildung eines neuen Bürgertums zu bilden. Dieses neue Bürgertum konnte sich seit den 1950er Jahren sukzessive etablieren und verfolgte 1989 das Ziel einer weiteren „Verbürgerlichung“, die nur mit Westbindung und Globalisierung zu erreichen war. Die heutigen Konflikte um die polnische Erinnerungskultur führt Krzemiński darauf zurück, dass das neue Bürgertum seine Herkunft verschweigt. Damit deutet er auch an, was heute eine wichtige Ursache der politischen Spaltungen in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften ist: die tiefe Prägung dieser Gesellschaften durch die sozialen Veränderungen der Jahre 1939 bis 1989, d. h. durch beide totalitäre Systeme.

Im dritten Teil des vorliegenden Bandes wirft zunächst *Manfred Weinberg* Fragen zu den Begrifflichkeiten Transnationalität, Kultur, Politik und Erinnerung auf, die er kuriosisch behandelt, um ihre jeweilige Unschärfe zu verdeutlichen. Allen gemeinsam sei ein unklares Verhältnis zwischen einem ‚Gesamt‘ und den ‚Einzelnen‘. Der zentrale Begriff der Erinnerung sei davon geprägt, dass individuelles Erinnern immer in gesellschaftlichen Kontexten und umgekehrt kollektives Gedächtnis in individuellen Erinnerungen stattfinde. Zudem bedeute Erinnern immer, aus der Unfassbarkeit eines Geschehens eine erzählbare Geschichte zu machen. In Rückgriff auf den Begriff des „Denkens-wie-üblich“ (Alfred Schütz) stellt Weinberg fest, die nationale Erinnerungskultur anderer könne nicht einfach übernommen oder simuliert werden, da sie sich auch aus einem Konglomerat teils unbewusster, im Zuge des Heranwachsens vermittelter Muster speise. Der

Hinzugekommene könne sich das andere „Denken-wie-üblich“ nur durch bewusste Aneignung von Wissen mühsam erarbeiten. Darüber hinaus konstatiert Weinberg, ein transnationales Erinnern an den Holocaust führe zur Vereinheitlichung und Entkonkretisierung des Gedenkens. Dennoch kommt er zum Schluss auf die Forderung von Jaroslav Rudiš nach „mehr Stammtischen für Europa“ zurück, die sinnbildlich als ein Ort des Austauschs individueller Perspektiven zu verstehen sind. Hier könnte sich eine Vielfalt der Stimmen zeigen, die kein gemeinsames gleiches Erinnern bedeuten, sondern ein ‚Miteinander des Vielen‘.

Den Abschluss des Bandes bilden *Frank-Lothar Krolls* Reflexionen über ein „europäisches Gedächtnis“. Europa steht für „ein Gesellschaftsmodell und eine Werteordnung, die sich aus historischen Erfahrungen und kulturellen Traditionen speisen“. Doch es fehlen die „emotionalen ... Bindefrakte“. Die offiziellen Versuche, sie zu aktivieren, wie das Projekt eines europäischen Geschichtsbuches und das „Haus der europäischen Geschichte“, seien wenig überzeugend, weil sie stark von Wunschbildern eines europäischen Einigungsprozesses geprägt seien. In historischer Betrachtung gibt es durchaus Vorstellungen von einer eigenen europäischen Identität; hier spielen Abgrenzungen von äußeren Bedrohungen (wie den Arabern im Mittelalter und den Osmanen in der frühen Neuzeit) eine zentrale Rolle, ebenso wie das „genuin europäische ... Ordnungsprinzip der Nationalität“. Und doch blieben die Vorstellungen von einem geeinten Europa ein Projekt von Eliten, nicht aber ein realpolitisches Faktum, auch wenn das Christentum und die Aufklärung und die mit ihnen verbundenen Konzepte der Menschenwürde und der Menschenrechte durchaus einen gemeinsamen europäischen „Erinnerungsort“ bilden. Der Holocaust hingegen, so Kroll, eigne sich aus zwei Gründen nicht als ein solcher „Ort“: zum einen ging er von Deutschland aus – diese Urheberschaft würde man „ins Bodenlose ... verwässern“, wenn man ihn zum europäischen „lieu de mémoire“ erklären würde. Und zum anderen spielen die Verbrechen des Kommunismus für das kollektive Gedächtnis der Menschen in Ostmitteleuropa eine ebenso große Rolle wie die des Nationalsozialismus. Die Bürger in West-, Süd- und Nordeuropa, die das Glück hatten, vom Bolschewismus verschont zu bleiben, legen aus ostmitteleuropäischer Perspektive den Fokus einseitig auf den Nationalsozialismus – und übersehen dabei die aktuellen „Gefahren einer schleichenden Erneuerung“ der ideologischen Grundlagen, die den Bolschewismus erst möglich gemacht haben. Die Erinnerungsdifferenzen, die sich daraus zwischen den europäischen Nationen auftun, erschweren die Suche nach einer gemeinsamen Erinnerung. Doch das Durchdenken dieser Differenzen kann bereits einen wichtigen

Beitrag zur Verständigung auch in aktuellen europapolitischen Konflikten leisten.

Abschließend sei noch auf den Entstehungshintergrund des vorliegenden Bandes hingewiesen. Er beruht überwiegend auf den überarbeiteten Beiträgen der Referentinnen und Referenten der Sommeruniversität „Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa – Nationalsozialismus und Kommunismus in Politik und Literatur“, die die Herausgeber vom 28. August bis 4. September 2016 an der Andrassy Universität Budapest durchführten. Diese Sommeruniversität wurde maßgeblich ermöglicht durch den Einsatz unseres Kollegen und Freundes Tim Kraski, der im Sommer 2017 schwer erkrankte und im Mai 2019 seiner Krankheit erlag. Mit dem Nachruf am Ende dieses Bandes sei er ihm gewidmet.

Zu danken ist den Institutionen, die das Erscheinen dieser Publikation finanziell ermöglicht haben. Die Andrassy Universität Budapest hat sie mit einem Zuschuss aus der ungarischen Exzellenzinitiative von 2017 unterstützt. Die Deutsche Botschaft Budapest und die Polnische Botschaft Budapest haben den Druck des Bandes ebenso wie zuvor die Sommeruniversität finanziell gefördert. Somit sind die Sommeruniversität und dieser Band auch ein Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen Ungarn, Polen und Deutschland – für ein Europa, dass im Bewusstsein seiner schwierigen Vergangenheit seine Zukunft gestaltet, gegen alle aktuellen Widerstände.

